

sich entschieden gegen alle Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staatengemeinschaft einzumischen.

Die Gesprächspartner unterstrichen ihre Entschlossenheit, aktiv zur Gesundung des internationalen Klimas, zur Festigung des Friedens, zur Fortsetzung der Entspannungspolitik und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit, gestützt auf die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, brüderlicher Freundschaft und Verbundenheit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft, beizutragen. Sie stellten fest, daß die Entwicklung und Festigung der brüderlichen Beziehungen zwischen der DDR und der VRP große Bedeutung für beide Länder und Völker hat. Es wurde die volle Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik für den Vorschlag der Volksrepublik Polen bekräftigt, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa nach Warschau einzuberufen.

Die während der freundschaftlichen Begegnung geführten Gespräche erbrachten die Übereinstimmung der Ansichten beider Parteien zu allen grundsätzlichen Fragen. Es wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der gegenseitigen Zusammenarbeit im Interesse beider Staaten, des Sozialismus und des Friedens in der Welt leisten werden.

In den Abendstunden kehrte Genosse Stanislaw Kania nach Warschau zurück.

Berlin, den 18. Februar 1981

Grußadresse an den XXVI. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übermittelt den Delegierten des XXVI. Parteitages der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, allen Kommunisten und dem gesamten Sowjetvolk brüderlichste Kampfesgrüße.

In den Jahren seit dem XXV. Parteitag hat das sowjetische Volk unter der erprobten und weitsichtigen Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ihres Leninschen Zentralkomitees und seines Generalsekretärs, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew, neue großartige Fortschritte bei der Errichtung der gerechtesten Gesellschaftsordnung erzielt.